

# Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands- bezähler 1 Goldmark monatlich  
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brabestr. 2-5.  
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 6849. •

Immer Neben zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
\*\*\*\*\* Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an \*\*\*\*\*

Inserate: Zeilenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei Arbeitsmarktanzeigen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben, Betrag vorher einpfunden. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herben, Charlottenburg.

## Die Wirtschaftslage im Zeichen der Stagnation.

Anfang April ist die Wirtschaftslage in Deutschland immer noch außerordentlich gedrückt. Die für das Frühjahr erhoffte Erholung ist ausgeblieben; die feststellbare Belebung ist lediglich saisonale Einflüsse zuzuschreiben, und auch diese bleibt hinter dem erwarteten Maß zurück. Wir sehen uns einer hartnäckigen, anhaltenden Krise gegenüber, deren Milderung nur langsam vor sich gehen wird. In den Hauptproduktionszweigen herrscht weiter schärfste Krise, Produktionsbeschränkung, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, so im Kohlenbergbau, wo die Zahl der Fehlerschichten erschreckend angewachsen ist und neue Stilllegungen mit umfangreichen Entlassungen bevorstehen. Die Kohleenerzeugung erreichte im Februar einen Tiefstand, wie sie ihn seit 1922 nicht mehr hatte. Im März trat eine kleine Erholung ein. Die Stahlerzeugung hat sich bereits im Monat Februar etwas erhöht, doch blieben die Rhythmen hinter denen des Vorjahres sehr erheblich zurück. Dieser Produktionsrückgang ist um so bezeichnender, weil die Ausfuhr an Eisen- und Stahlindustrie trotz eines geringen Rückganges im Februar und März im Vergleich zur ersten Hälfte des Vorjahres noch immer sehr günstig ist. Die Produktionsbeschränkung, die offiziell 85 Prozent beträgt, in Wirklichkeit aber noch größer sein mag, ist demnach ausschließlich auf die gedrückte Lage des Inlandskonsums zurückzuführen. Auch konnte sich der Baumarkt immer noch nicht erholen. Selbst die saisonmäßige Belebung war sehr gering. Als bestes Zeichen der drückenden Krise ist die Absatzstagnation in der ganzen Textilindustrie bis auf einzelne wenige Zweige anzusehen. Vielleicht wird die Baumwollindustrie sich infolge der kürzlich eingetretenen Erhöhung der Baumwollpreise ein wenig erholen, nachdem der frühere Preissturz der Baumwolle die Käufer in Erwartung weiterer Preisentsetzungen zur Zurückhaltung veranlaßte. Weiter schlecht blieb die Lage der Maschinenindustrie (in Mitteldeutschland zirka 60 Proz. Arbeit fähig), Waggonbau-, Automobilindustrie, Werkzeugindustrie. Die kleine Belebung zeigte sich in der chemischen, Papier-, Kork-, Glas-, Textil-, Film-, Seidenband- und Werftindustrie. Gut ist der Geschäftsgang bei einzelnen Zweigen der Lebensmittelindustrie und bei den Branereien.

Zur Beurteilung der Aussichten mögen folgende Tatsachen geführt werden: Die Handelsbilanz blieb im Februar weiter aktiv, und dies dürfte auch für März, wofür uns die Statistik noch nicht vorliegt, anhalten. Indessen ist der Ausfuhrüberschuss nicht die Folge einer Steigerung der Ausfuhr, im wesentlichen auf der gleichen Höhe blieb, sondern einer erheblichen Abnahme der Einfuhr. In diesem Monat liegt ein Krisensymptom, insofern infolge der Absatzstagnation keine Rohstoffe, infolge der Arbeitslosigkeit keine Betriebsmittel für die Arbeiter eingeführt werden. Andererseits ist auch ein langsamer Abbau der Lagerbestände festzustellen, was einen neuen Anstieg der Produktion anbahnen könnte. Ähnlicher Weise haben auch die anderen wirtschaftlichen Vorgänge ein doppeltes Gesicht. So ist die anhaltende große Geldknappheit ebenfalls eine Krisenfolge. In der Krisenstimmung nehmen die Unternehmer keine Kredite zur Anschaffung von Rohstoffen, zur Erwerbung von Maschinen oder zur Erweiterung der Produktion in Anspruch. Die Banken und die Industrieunternehmen halten große Kassenbestände, die auf dem Geldmarkt nur als kurzfristige Gelder erscheinen und dort weiter unterzubringen sind. Man hört deshalb, daß Banken kurzfristige Gelder im Ausland anlegen. Infolge der Krisenstimmung werden aber auch langfristige Gelder vielfach nicht in Anspruch genommen; so wurden z. B. in der letzten Zeit aus dem Ausland keine neuen Anleihen mehr verlangt. Die Geldknappheit ist um so bezeichnender, als die Eingänge bei Finanzverwaltung, Reichsbahn und Reichspost infolge der Wirtschaftskrise zurückgingen, in Defizite entfielen. Die Reichsbank, die Kreditkontingentierung bereits früher fallen ließ, mußte nicht auf das Wechselgeschäft überhaupt verzichten zu müssen, ein Zinsfuß von 8 auf 7 Prozent herabsetzen. Die wirtschaftsvorteilhafteste Seite der Geldknappheit ist aber, daß durch die Kapitalbildung, wenn auch auf eine sehr unerwünschte Weise, fortgeschritten. So zeigen bei den letzten Zweimonatsangaben der Großbanken die Depositen, welche einen Einlagekarakter haben, eine wesentliche Vermehrung. Der Einlageüberschuss bei den Sparkassen ist ebenfalls bedeutend, was auf eine übernormale Zurückhaltung der Verbraucher bei Befreiung ihres Bedarfs hindeutet. Durch diese Kapitalansammlung werden große Summen dem Realcredit zugeführt, und auf dem Umweg kann eine gewisse Belebung der Wirtschaft — durch vermehrte Bautätigkeit, durch Intensivierung der Landwirtschaft (landwirtschaftliche Maschinen, Kaliabfag) — zustandekommen. Die Banken haben die Einlagezinsen derart weiter gesenkt, daß die Zinsspanne zwischen Haben- und Sollzinsen gleiche Höhe von 6 Proz., wie bisher, bewahrt hat. So bildet sich ein geschlossener Kreislauf der Banken ein Hindernis für das Sparwesen. Die Börsenkurse sind weiter im Sinken begriffen. Auf die Lage, wo aber die Abkühlung wahrscheinlich vorübergehender Natur ist. Auch ist ein Krisensymptom, insofern, als die überschüssigen Mittel neben Pfandbriefen und inneren Anleihen (die in der Zeit von einer Anzahl von Kommunen begeben wurden) auch dem Aktienmarkt zuwenden, trotz des großen und beständigen Mißtrauens gegenüber dem Aktienwesen infolge der Bedürfnisse der Verwaltungen. Es ist aber möglich, daß bei Aufwärtsbewegung der Aktien auch die Hoffnung auf bessere Einnahmen eine Rolle spielt. Allerdings fallen erhöhte Dividenden und Belebung der Produktion und des Arbeitsmarktes nicht unbedingt zusammen. So zeigen z. B. die günstigen Ab-

schlüsse in der Maschinenindustrie, daß hohe Dividenden selbst bei ungünstiger Wirtschaftslage möglich sind.

Die Finanzpolitik des Reiches hatte die Absicht, der Wirtschaft durch Steuerermäßigungen Erleichterungen zu verschaffen; indessen ist aus dieser Aktion das Herrbild eines wirklichen Steuerabbaus geworden. Die Umsatzsteuer wurde von 1 Proz. auf 0,75 Proz. herabgesetzt, während bekanntlich geringe Herabsetzungen der Umsatzsteuer wirkungslos zu verpuffen pflegen. Die übrigen Steuerherabsetzungen bedeuten aber nur Zuwendungen an Spezialinteressen, den Weinbau und Weinhandel, sowie an die glänzende bestehende Brauereindustrie. Die Subventionspolitik des Reiches fängt wieder an, eine große Rolle zu spielen. Trotz aller Bedenken hat das Reich eine neu gegründete „Getreidehandels-Gesellschaft“ 30 Millionen Mark angewendet, um eine „Roggenvalorisation“ durchzuführen, d. h. um die Roggenpreise zu erhöhen. Auch dies ist ein Geschenk an die ostelbischen Großgrundbesitzer, das wahrscheinlich sein Ziel nicht erreichen wird. In letzter Zeit wurde man auch auf die Möglichkeit von Korruption und großer Sondergewinne aus dieser Aktion aufmerksam gemacht. Ebenfalls werden diejenigen Roggenbesitzer, die der subventionierten Gesellschaft zu hohen Preisen verkaufen können, die schadenbringende Steigerung der Roggenpreise gleichzeitig mit der Weizenpreise eingetreten, als Folge der vermehrten Nachfrage auf dem Getreidemarkt. Die Fusion der zwei Großkongernte in der ostelbischen Schwerindustrie könnte nur durch eine Schuldenregelung über 46 Millionen Mark zustande kommen, die ebenfalls auf eine Subvention aus Reichsmitteln hinausläuft. Jetzt fordert auch der Erzbergbau bei Siegerlande eine Staatshilfe.

In der Handelspolitik ist der Abschluß von Wirtschaftsabkommen mit Portugal auf Grund der Meistbegün-

stigung zu verzeichnen, sowie mit Dänemark, dem gegenüber Deutschland einige seiner landwirtschaftlichen Hölle herabgesetzt hat. Verhandlungen werden zurzeit geführt mit Oesterreich, Schweden, der Türkei und Japan. Mit Polen haben jedoch die Verhandlungen noch nicht begonnen, und so geht der Zollkrieg weiter. Die Lage gegenüber Spanien hat sich verschärft, weil Spanien zum Schutz seiner eigenen chemischen Industrie Einfuhrverbote auf Farben und chemische Artikel erlassen hat. Die Warenlieferungen nach Rußland, die im Betrage von 300 Millionen geplant sind und für welche das Reich und die Länder eine weitgehende Ausfallgarantie zu gewähren bereit sind, konnten bisher infolge der Finanzkrise der Großbanken nicht zustande kommen. Auch hier steht die Geschäftspolitik der Banken der so nötigen Belebung des Arbeitsmarktes hindernd im Wege.

Der durch den Zusammenschluß der vier Großkongernte entstandene neue Eisenrumpf „Vereinigte Stahlwerke A.-G.“ hat bereits seine Wirksamkeit begonnen. Von der Vertrustung in der ostelbischen Schwerindustrie wurde bereits gesprochen. Parallel geht eine Kartellierung des Eisengroßhandels, die mit Ausnahme Süddeutschlands bereits für alle Teile Deutschlands durchgeführt ist und die restlose Durchsetzung der Kartellpreise zum Ziele hat. Die Gerüchte über eine Fusion zwischen den zwei großen Schiffahrtkongernen Norddeutscher Lloyd haben sich zwar als falsch erwiesen, nichtabstoßender soll es zu einer engeren Zusammenarbeit der beiden Kongernte kommen. Größere Zusammenschlüsse erfolgten in der Pigmentindustrie, wo die Großkongernte die Schaffung eines Kwang-Kartells wünschen. In internationaler Beziehung sollen die Verhandlungen des deutsch-französischen Palikartells erwähnt werden. Das vorläufige Abkommen läuft Anfang Mai ab und soll in ein festes Vertragsverhältnis umgewandelt werden. Das internationale Schienenkartell steht vor seinem Abschluß. Für Schienen werden bereits jetzt die höheren Kartellpreise gefordert. U. S.

## Brotverteuerung. — Indirekte Lohnkürzung.

Auf den Getreidemarkten haben sich in den letzten Wochen hinsichtlich der Preisbildung äußerst wichtige Veränderungen vollzogen. Während auf dem Weltmarkt die Preise für Weizen und Roggen sanken, zogen sie auf den deutschen Produktbörsen nicht unerheblich an. So ergab sich folgende, durchaus verschiedene Entwicklung:

	1918	Ende 1925	Anfang März 1926	Anfang Apr. 1926
Weizen, New York (in Cents per Bushel)	104,02	205,5	183,7	183,2
Roggen, Chicago (in Cents per Bushel)	66,—	108,—	91,1	87,7
Weizen, Berlin (in Mark pro Tonne)	198,90	246—252	249—253	271—276
Roggen, Berlin (in Mark pro Tonne)	164,80	148—154	146—150	162—167

Auch im April haben sich die Preisentsetzungen für Brotgetreide auf dem Weltmarkt fortgesetzt, während die Preise in Deutschland weiter gestiegen sind. So verteuerte sich allein der Roggenpreis in Deutschland im Zeitraum von 4 Wochen pro Tonne um 25—30 Mt.

Wenn man nach einer Erklärung für die verschiedene Preisentwicklung sucht, ergibt sich folgendes: Die Ernte 1925 ist in der ganzen Welt sehr gut ausgefallen, so daß ein Ueberfluß an Brotgetreide besteht. Die großen Bestände, besonders in Argentinien und Kanada, zwingen zu einem vermehrten Angebot, wodurch der Preis gedrückt wird. Die von uns angegebene Preisentwicklung an den Börsen in New York und Chicago bringt das klar zum Ausdruck. Die deutschen Getreidebörsen haben diese Entwicklung nicht mitgemacht. Diese Tatsache ist auf jene Bestrebungen zurückzuführen, die wir in Deutschland unter dem Namen Getreidevalorisation zusammenfassen. Es handelt sich dabei um eine künstliche Steigerung der Getreidepreise, zum Teil mit Hilfe von Regierungsgeldern. Mit Hilfe der Regierung wurde auch die sogenannte Deutsche Getreide-Handels-G. m. b. H. gegründet. Diese Gesellschaft hat den Zweck, das Angebot von Getreide durch die deutsche Landwirtschaft aufzunehmen. Dadurch wird das Getreideangebot in Deutschland künstlich verkleinert, und aus dem resultierenden Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage ergibt sich der höhere Getreidepreis in Deutschland, wie er in unserer Tabelle zum Ausdruck kommt.

Der Deutschen Getreide-Handels-G. m. b. H. stehen für den Zweck der künstlichen Steigerung des Getreidepreises, insbesondere des Roggenpreises, reichliche Mittel zur Verfügung; u. a. sind ihr aus den Mitteln der Liquidationssumme der Reichsgetreidebestelle 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden.

Das heißt mit anderen Worten: Mit Geldern des Staates bzw. mit Geldern der Reichsgetreidebestelle werden seit Wochen an unseren Börsen Spekulationen durchgeführt, die den Zinseffekten Millionengewinne bringen. So ist z. B. in der bürgerlichen Presse behauptet worden, daß eine den Regierungskreisen als sachverständig zur Verfügung gestellte Persönlichkeit seit Beginn der Verhandlung über die neue Gesellschaft (Deutsche Getreide-Handels-G. m. b. H.) für sich und ihre Freunde an dem Berliner Terminmarkt 15 000 bis 20 000 Tonnen Roggen gekauft hat. Dazu weiß das „Berliner Tageblatt“ mitzuteilen, daß damit der Leiter der Getreide-Industrie- und Handels-A.-G. in Berlin gemeint ist, der der Regierung bei den Vorverhandlungen zwecks Aufnahme der Roggenvalorisation als Sachver-

ständiger aus Getreidehandelskreisen gebient haben soll. Der in Frage kommende Geschäftsmann soll auch von früher her enge Verbindungen mit maßgebenden Persönlichkeiten des Reichsernährungsministeriums haben und zum Leiter oder zum Mitleiter der Deutschen Getreide-Handels-G. m. b. H. ausersehen sein. Die ganze Getreidevalorisation mit Hilfe von Staatsgeldern stellt sich also so als das Werk interessierter Spekulanten heraus.

So ungeheuerlich dieser Vorwurf klingt, spricht doch vieles, was sich in den letzten Tagen an der Berliner Produktbörse ereignet hat, dafür. Wir erwarten, daß das Reichsernährungsministerium unverzüglich dazu Stellung nimmt. Das ist um so mehr geboten, als sich der gestiegene Roggenpreis in ganz kurzer Zeit durch eine Verteuerung des Brotpreises bemerkbar machen dürfte. Die deutsche Bevölkerung hat in den letzten Jahren Brotpreise gezahlt, die höher als im Friedenswaren waren. Dagegen lagen die Erzeugerpreise für Weizen und Roggen weit unter Friedensstand. Dadurch haben sich die sogenannten Preisspannen, in diesem Falle der Preisunterschied zwischen Getreide und Brot und Brot und Mehl, ganz bedeutend vergrößert. Wir geben die Steigerung durch folgende Zusammenstellung wieder:

Die Preisspannen steigerten sich	
1. Halbjahr 1925	2. Halbjahr 1925
(gegenüber dem Durchschnitt 1909—1913)	
Brot und Getreide 45 Proz.	79 Proz.
Brot und Mehl 21 Proz.	42 Proz.

Auch im Jahre 1926 haben sich die Preisspannen weiter vergrößert. Im Monat Februar der Jahre 1909 bis 1913 lag z. B. der Brotpreis 56,6 Proz. über dem Getreidepreis; im Monat Februar 1926 aber 110,6 Proz. Der Februardurchschnittspreis in den Jahren 1909—1913 für Brot betrug 27,7 Proz. mehr als der Mehlpriß; die Spanne hat sich im Januar 1926 auf 40,3 und im Februar 1926 auf 40,2 Proz. vergrößert. So sieht in Wirklichkeit die Preisabnacktion des Rabinetts Luther aus. Wenn nun die Erzeugerpreise für Weizen und Roggen infolge der sich hinter dem schönen Wort Getreidevalorisation verdeckenden Spekulation weiter gestiegen sind und weiter steigen, ist anzunehmen, daß alle die Kreise, die sich mit dem Handel und der Weiterverarbeitung von Getreide, Mehl und Brot beschäftigen, auf die erhöhte Preispanne, d. h. den Wuchererpreis, nicht verzichten werden. Das bedeutet aber: der Brotpreis, der schon bei den niedrigeren Getreidepreisen über Friedensstand lag, wird weiter ansteigen. Die Millionengewinne, die an den deutschen Getreidebörsen gemacht werden, hat die Bevölkerung durch höheren Brotpreis aufzubringen. Der Goldstrom, der sich von den Börsen in die Taschen der Spekulanten ergießt, kommt aus dem Hungerland der darbenenden Volksschichten, die zum erschreckend großen Teil arbeitslos oder Kurzarbeiter sind.

Die deutschen Agrarier können mit der Arbeit, die in der Regierung für sie geleistet worden ist, durchaus zu Frieden sein. Für die Arbeiterschaft bedeutet diese Entwicklung aber eine ganz erhebliche Lohnreduzierung; denn sie muß ihr allgemeines Nahrungsmittel, das Brot, wesentlich teurer bezahlen als früher. Die Getreidevalorisation stellt sich so für die Arbeiterschaft als eine Reduzierung des Reallohnes dar, was die deutschen Unternehmer aber nicht hindert, Forderungen nach Lohnkürzungen zu erheben.

# Die italienische Gewerkschaftsbewegung.

Paris, Ende März 1924.

Von allen europäischen Ländern zählt Frankreich am meisten italienische Arbeiter. Wie überhaupt alle Ministerpräsidenten, Universitätsprofessoren und sonstigen Mussolinigegner, die es beim Faschismus nicht aushalten konnten, ihr Heim nach Frankreich verlegt haben. Und so entwickelt sich für alle diese Auswanderer nun hier auf französischem Boden ein heimatentwurfeltes, aber doch recht typisches Leben, das um so mehr zu Hoffnungen berechtigen kann, als es bereits Mussolinis Wut und seinen Wunsch einer Ermordung der Pariser Antifaschistenführer erweckt hat. Während in Ungarn die Gewerkschaftsbewegung polizeilich überwacht wird, als ob nicht die dortige Regierung selber nötig hätte, polizeilich überwacht zu werden, während in Spanien die Bewegung durch Willkürgeetze niedergehalten werden soll, und während man sich in anderen Diktaturländern teils für die spanische und teils für die ungarische Methode entschied, ging in Italien die Knebelung der Gewerkschaften ihren besondern Gang. Zunächst schuf man die faschistischen Gewerkschaften, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichzeitig vertreten sind, was dazu geführt hat, daß man sie beim Internationalen Arbeitsamt in Genf im vorigen Jahre ablehnte; dann sind sie auf die Diktaturworte Mussolinis aufgebaut und nicht auf einen Eigensinn ihrer verführten Mitglieder und schließlich haben diese nicht einmal das Recht, einen Ton zu sagen, ihre Führer zu erwählen oder gar gegenüber ihren Arbeitgebern den Mund aufzumachen. Herr Rossi ist ihr Chef. Wer sich zu wehren wagt, wird aus der faschistischen Gewerkschaft ausgeschlossen und vom Arbeitgeber entlassen. Nur in den größeren Industriestädten, wie in Rom, Neapel und Mailand, hat dieses System fehlerhaft geblieben. Trotz Verbotes aller Versammlungen und Propaganda haben die freien Gewerkschaften sogar im vergangenen Jahre ihre Wünsche den Arbeitgebern unterbreiten können, und der Erfolg dieser Schritte war so gewaltig, daß bei den Wahlen für die Betriebsräte fast alle Stimmen auf die freien Gewerkschaften entfielen und daß bei dem Metallarbeiterstreik in der Lombardei die Parolen der Faschisten verlor und die der freien Gewerkschaften striktest besetzt wurden.

Das weckte Herrn Rossi von neuem auf. Nie hatte er angenommen, daß eine Bewegung, von der er sich einbildete, sie totgeschlagen und obendrein durch ein neues Beweisen ersetzt zu haben, so stark unter der Mähe weiterglücken könne und so ging er zum Letzten über: Zur Anwendung rückwärtsloster Gewalt, verbunden mit der Ankündigung, auch die Führer der freien Gewerkschaften im Ausland mit Verfolgung nicht verschonen zu wollen. So blieb Aragona, dem Sekretär der freien Gewerkschaften (Confederazione Generale del Lavoro), nichts weiter übrig, als seine Propaganda nunmehr von Paris aus fortzusetzen. Schon erscheint in der französischen Hauptstadt seit Anfang dieses Jahres eine italienische Tageszeitung: „Corriere degli Italiani“, in der vom wahren italienischen Volk all das über seinen Diktator und dessen Samendmann, den König, offen gesagt wird, wofür in Italien selbst leider die Stimme gewalttätig verchlungen ist. Diese Zeitung liegt auch in Genf während der letzten Völkerversammlung der deutschen Journalisten heimlich eine Broschüre über die Ermordung Matteottis zugehen, in der zu lesen ist, daß Mussolini der einzige ist, der in Italien auf die Anklagebank gehört.

Nun erscheint seit 1. April auch bereits eine besondere italienische Gewerkschaftszeitung in Paris zur weiteren Bekämpfung des Faschismus und seiner Untaten. Während in Italien die Reste der Gewerkschaftsgruppen den faschistischen Behörden eine Liste ihrer Mitglieder einreichen müssen, damit die Behörde beschließt, ob sie die Gruppe „zulassen“ kann oder ob sie deren Geld beschlagnahmt, haben ja in Frankreich die italienischen freien Gewerkschaften alle Möglichkeit freier Entfaltung ausreichender Propaganda unter den unzähligen italienischen Arbeitern, die es in Frankreich gibt (besonders im Baugewerbe), und der Veranlassung aufläuternder Versammlungen, vor allem aber die Möglichkeit der Gruppierung der Kräfte, die in Italien ihren Einzug halten werden, wenn ein antifaschistischer Marsch auf Rom beginnt. Ernesto Caporali, einer der Führer der italienischen Gewerkschaftsbewegung auf französischem Boden, schreibt beim Kommentieren eines Appells seiner Gewerkschaft in einer Pariser Zeitschrift Ende März: „Wenn eine verbante, besetzte, in ihrer Handlungsfreiheit erstickte Organisation noch den Mut einer solchen Sprache hat, trotz des Faschismus, der den Ausdruck der monarchistischen, plutokratischen und feudalen Reaktion ist, so bedeutet das: Wenn auch die Schwarzhemden unsere Gewerkschaftshäuser und Genossenschaftsbereine zerstören, wenn sie auch mit Gewalt und Terror unsere Gewerkschaften auflösen und versucht haben, die Arbeiter unseres Landes in Gefängnisgewerkschaften zu organisieren (mit allen Mitteln, deren eine Verbrechen- und Diktaturdiktatur fähig ist), so kann sie doch nicht aus der Tiefe des Herzens des italienischen Proletariats dieses Gefühl der Freiheit, der moralischen und sozialen Verantwortlichkeit reißen, für das die italienischen freien Gewerkschaften eine starke und sichere Verteidigung ist. Trotz Sturms bestehen unsere Gewerkschaften — wenn auch in Frankreich — weiter. Ist das Unwetter vorüber, so werden sie die wichtigste Wiederorganisationsorganisation sein für ein freies und republikanisches Italien.“

Puri Lenz.

## Bayerische Regierung gegen „Freies Volk“.

Von der freigezwergschaftlichen Filmpropaganda wird uns geschrieben: Der von der Bayerischen Regierung verbotene Film „Freies Volk“ ist von der Filmoberprüfungsstelle, Berlin, für Deutschland freigegeben.

Das Kino zum größten Propagandamittel geworden ist, wird allgemein anerkannt. Unsere Gegner haben dieses sofort erkannt und haben sich auf Grund ihrer besseren finanziellen Lage das Kino durch Ausfuhrung ihrer Filme dienstbar gemacht. Wir vernachlässigen, unsere Kollegen von dem Besuch dieser Filme zu abhalten, indem wir die Parole ausgeben: „Arbeiter, wehrt euch gegen das Kino!“ Leider würde die jahrhundertelange militärische Erziehung unseres Volkes härter als unser Warnungsparole. Von uns mit so großem Erfolg bekämpfte Schmutzliteratur flüchtete in den Film. Es entstanden Filme der schlimmsten Art: Heuschreck und Döck wirkten sich in blutigen Szenen auf den Leinwand aus.

Dann kamen die Militärfilme wie Pilze aus der Erde. Zum Beispiel: „Friedrichsberg“, „Königsgraben“, „Zapfen“, „Die Macht am Rhein“. Die ideologische Beeinflussung des Volkes ist indifferent eingestellten Kinopublikums durch diese Filme kommt bei Reichs-, Landtags- und sonstigen Wahlen in für uns schädlicher Weise zum Ausdruck. Die größten Propagandamittel liegen in bürgerlichen Händen. Diese sind: Die Kirche, das Kino und das Radio.

Wir müssen versuchen, wenigstens in dem Kino Einfluß zu gewinnen. In Deutschland gibt es ca. 3000 Kinos, welche monatlich von 1500000 zu 80 Proz. dem Arbeiter- und Bauernstand angehörnden Menschen besucht werden. Diese Besucher kommen fast nie in unsere Versammlungen. Auf Grund dieser Erkenntnis müssen wir, um zu ihnen sprechen zu können, mit Filmen unserer Ideen zu ihnen gehen. Je größer der Besuch unserer Filme ist, desto besser ist der Erfolg für unsere weiteren Filme. Darum muß es jetzt heißen:

„Arbeiter, Angestellte, Beamte und Frauen! Erobert das Kino zur Propaganda für eure Ideen!“

Unser Film: „Freies Volk“, Regie: Genosse Martin Berger, ist ein Film unserer Zeit. Er spricht von der unbeschränkten Macht des Kapitals, unter welcher das ganze Volk leidet. Er zeigt die Not auf der einen und das Wohlleben auf der anderen Seite. In unübertrefflichen wahren Szenen wird uns der harte Existenzkampf der Landarbeiter gezeigt. Des weiteren zeigt uns der Film den Auf- und Ausbau der neuen Schule mit den neuen Lehrern, welche als Freund und Berater die Kinder erziehen wollen. Daneben sehen wir den alten Krüppelpädagogen, welcher die Kinder durch Stockschläge zu erziehen gedenkt. Wir sehen ferner, wie in früherer Zeit die fleißigen Bäuerlein zur Bezahlung ihrer Maitresses ihre Landeskinder als Soldaten nach dem Ausland verkaufen. (Ein guter Beitrag zur Festschraubung.) Weiter führt uns der Film die furchtbaren Wirkungen eines kommenden Gaskrieges vor Augen. Tausende von feindlichen Flugzeuggeschwadern überfluten das Land und vernichten durch Herabwerfen von Gasbomben Menschen und Tiere, Städte und Dörfer. Furchtbar ist der Eindruck der Vernichtung, und unwillkürlich kommen von jedes Zuschauers Lippen die Worte: Wie wieder der Krieg! Aber neue Hoffnungen beleben die Gesichtszüge, als gezeigt wird, wie die Arbeiter der ganzen Welt dem Weltkrieg den Weltgeneralstreik entgegensehen und durch dieses solidarisch gemeinsame Handeln den Krieg im Keime ersticken.

Als Schlußbild sieht man Arbeiter-Delegationen der ganzen Welt mit wehenden Fahnen vor dem Friedensdenkmal der Menschheit den Schwur ablegen: „Nicht das soll die Geschichte der Menschheit mehr leiten, sondern Friede, Freiheit und Menschenrecht!“

Die Internationale als Schlußmusik reißt die Zuschauer zu ungeheurer Jubel mit. Dieses ist unser Film „Freies Volk“. Und nun, Kollegen und Kollegen! Tretet ein in die Propaganda, laßt euch in eurer Werbearbeit für „Freies Volk“ nicht von den Deutschnationalen, welche für ihre militaristischen Filme die regste Propaganda machen, librettieren. Gegen Fridericus Rex stellen wir „Freies Volk“.

Wenn wir alle zusammen helfen, muß es uns gelingen! Darum: „Vorwärts und aufwärts!“ Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag!

## Alkoholproduktion und Alkoholverbrauch in Deutschland.

Das Steuerkompromiß der Regierungsparteien bringt den Alkoholherzeugern große Vorteile: Die Weinsteuern soll überhaupt erlassen werden, während die geplante Erhöhung der Biersteuer um 33 Prozent statt im April d. J. erst im nächsten Jahre in Kraft treten soll. Diese Steuererhöhungen bzw. Steuerermäßigungen können unter gar keinem Gesichtspunkt gebilligt werden. Was die Weinproduktion anbelangt, so befindet sich diese in der Tat in schwieriger Lage. Die Anbauflächen sind im Jahre 1925 um etwa 1000 Hektar (1,4 Proz. der gesamten Rebfläche, überwiegend in Hessen) weiter zurückgegangen. Die Ernte ist mäßig gut ausgefallen (213 000 Hektoliter, 12 Proz. weniger als 1924), und der Weinverbrauch, der unter den alkoholischen Getränken eine Ausnahmestellung einnimmt, hat abgenommen. Die Preisgestaltung ist aus diesem Grunde für die Winzer ungünstig. Die Abnahme des Weingenußes ist im übrigen eine internationale Erscheinung. Sie wird z. B. auch von dem französischen Handelsministerium mit tiefem Bedauern festgestellt. Wenn die Aufhebung der Weinsteuern trotzdem nicht befürwortet werden kann, so auch deshalb, weil dies für die davon betroffenen Winzer keine Erleichterung bedeuten würde. Besser wäre diesen gedient, wenn die Steuer wie bisher erhoben und ihnen aus dem Steuerertrag Unterstüpfungen gewährt würden. Im Gegensatz zum Wein hat sich die Biererzeugung und der Bierkonsum in den letzten Jahren sehr erheblich erhöht. Die Vorkriegserzeugung von 71 Millionen Hektoliter ist zwar bei weitem noch nicht erreicht, dennoch ist eine große Steigerung zu verzeichnen, von 29 Millionen Hektoliter im Jahre 1923 auf 37 Millionen 1924 und 44 Millionen im Jahre 1925. Der Bierverbrauch beträgt pro Kopf der Bevölkerung bereits mehr als drei Fünftel des Vorkriegsverbrauchs (61 Liter 1924/25 gegenüber 102 Liter im Jahre 1913). Die Brauindustrie hat durch Verschönerungen und Betriebsstilllegungen ihre Leistungen erheblich zu steigern vermocht. Die Zahl der deutschen Brauereien ist in den letzten zehn Jahren von 6000 auf 2800 zurückgegangen. Unter den zusammengelegten Unternehmungen befindet sich eine Anzahl von Großkonzernen (Schultheiß-Paschenhofer, Engelhardt-Brauerei-Berlin, Riebed-Brauerei-Leipzig, Löwenbrauerei-München, Dortmunder Brauerei usw.). Die Gewinne der Brauereien sind außerordentlich hoch. Die im letzten Wirtschaftsjahr verteilten Dividenden schwanken zwischen 10 und 20 Proz. Die Brauereien konnten ihre Rohstoffe dank der gesunkenen Gerstenpreise billig erwerben, haben dagegen ihre Preise nicht gesenkt. So vermochten sie, trotzdem sie die Qualität der Biere erheblich verbessert haben, große Gewinne zu erzielen. Durch die Aufhebung der Steuererhöhung werden diese Gewinne noch weiter gesteigert. Das Steuerkompromiß bedeutet in dieser Beziehung eine vollkommen unbegründete Rücksichtnahme an die Brauereien. — Bei der Herstellung von Branntwein ist gegenwärtig eine außerordentlich große Ueberproduktion eingetreten. In den fünf ersten Monaten der gegenwärtigen Kampagne belief sich die Produktion von Rohspiritus auf 1 295 000 Hektoliter, d. h. auf 330 000 Hektoliter mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, in welchem die Erzeugung bereits eine sehr erhebliche Steigerung erfahren hatte. Das bewilligte Brennrecht ist noch nicht abgetrannt, und von deutschnationaler Seite werden Versuche gemacht, das Brennrecht über das zugestandene Maß hinaus noch zu steigern, um die vorhandenen Kartoffelvorräte zu verwerten. Der Branntweinverbrauch betrug im Winterhalbjahr 1924/25 rund 374 000 Hektoliter oder 0,55 Liter reinen Alkohols pro Kopf der Bevölkerung. Angesichts der großen Ueberproduktion im laufenden Jahre ist jetzt eine Abmilderung festzustellen. Der für die Monopolverwaltung allein gewinnbringende Verkauf von Feinsprit blieb im Laufe der bisherigen Kampagne um volle 44 000 Hektoliter hinter dem Abfall des vorhergehenden Jahres zurück. Die Ueberproduktion hat die Monopolverwaltung die Uebernahme- und Verkaufspreise erheblich herabgesetzt, wodurch es ihr gelang, die Ausfuhr bedeutend zu steigern. Durch die Herabsetzung der Uebernahmepreise reichlich spät. Das der Reinertrag des deutschen Branntweinmonopols mit 140 Millionen Mark um 50 bis 60 Millionen hinter dem Ertrag der früheren Branntweinsteuer zurückbleibt, ist also nicht auf eine absolute Abnahme des Branntweinverbrauchs zurückzuführen. Die Gründe sind, außer in den großen Spiritusfabriken, in der Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber dem Druck des Alkoholkapitals zu suchen, welches der Monopolverwaltung mehr Sprit und diesen zu höheren Preisen aufdrängen konnte, als sie zu bezwecken vermochte.

## Die Wanderungen und das Internationale Arbeitsamt.

IAA. Die internationale Arbeitsorganisation hat seit ihrer Gründung den Wanderungsproblemen einen großen Teil ihrer Tätigkeit gewidmet. Bereits auf der ersten Internationalen Arbeitskonferenz in Washington 1919 wurden Wanderungsfragen behandelt, obgleich der Gegenstand nicht auf der Tagesordnung stand. Der Uebereinkommensentwurf betreffend Arbeitslosigkeit, den die Konferenz annahm, spricht sich in Artikel 3 für die Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern in der Arbeitslosenversicherung aus. Ein Vorschlag zur gleichen Frage bezieht sich in Art. 2 auf die gruppenweise Anwerbung ausländischer Arbeiter, während ein anderer Vorschlag die

gegenseitige Gleichbehandlung ausländischer Arbeiter in gemeinen betrifft.

Im Jahre 1921 wurde eine internationale Auswanderungskommission, bestehend aus etwa 20 Sachverständigen aus verschiedenen Ländern, nach Genf berufen. Die Kommission beschloß betreffend die Wanderungsstatistik, die interne Regelung der Sozialmaßnahmen für Auswanderer, die Beschäftigung von Auswanderern, die staatliche Ueberwachung Auswanderungsagenturen, die gruppenweise Anwerbung Arbeitern im Auslande, Maßregeln zur Unterdrückung Mädchenhandels, die Untersuchung der Auswanderer vor Einschiffung, die Gesundheitspflege der Auswanderer, die Führung der Gesetze zur Beschränkung der Auswanderung und Einwanderung usw.

Die Internationale Arbeitskonferenz, die 1922 in Genf tagte, beschloß einstimmig den Vorschlag, welcher die Mittel von Statistiken und anderen Unterlagen über Wanderung das Internationale Arbeitsamt betrifft. Endlich nahm die Konferenz von 1925 einen Uebereinkommensentwurf betreffend die Gleichbehandlung in- und ausländischer Arbeiter in der Ueberwachung an.

Auf der nächsten Konferenz, im Mai 1926, wird die Ueberwachung der Ueberwachung der Auswanderer an der Schiffe verhandelt werden.

Die Bedeutung, welche den Wanderungsfragen zukommt, machte es von Anfang an erforderlich, im Internationalen Arbeitsamt eine Wanderungsabteilung zu errichten, deren Herr L. Marles ist. Zur Beratung dieser Abteilung ist ein ständiger Sachverständigen-Ausschuß für Wanderungsangelegenheiten gebildet worden, dem etwa 100 Fachleute aus allen Ländern gehören; darunter befinden sich 12 Deutsche. Er begann seine Arbeit Ende 1925. Zwischen der Wanderungsabteilung Internationalen Arbeitsamtes, sowie den amtlichen Stellen privaten Organisationen für Wanderungswesen, bestehen Verbindungen.

Verschiedene der vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen Schriften haben das Auswanderungswesen Gegenstand. Eine Schrift behandelt die Methoden der Wanderungsstatistik, eine weitere die Wanderungsbewegung im Jahre 1920—1923. Die letztgenannte Schrift beruht auf eigenen Unterlagen, betreffend 60 Ländern, welche dem Internationalen Arbeitsamt geliefert wurden. Monatliche Nachrichten über Wanderungen erscheinen in einer selbständigen Zeitschrift, welche die Aufsätze und Mitteilungen über Wanderungsfragen von der Monatschrift des Amtes, der Internationalen Monatschrift der Arbeit, veröffentlicht. Mit einer neuen Studie über Wanderungsfragen ist das Amt gegenwärtig beschäftigt. Ergebnisse werden im Laufe dieses Jahres veröffentlicht werden.

## Das Fortbildungsschulgeld ist vom Arbeitgeber zu zahlen.

Zimmer wieder tauchen Lehrverträge auf, welche die Bestimmung enthalten: „Das Schulgeld für die Fortbildung wird vom Vater (bzw. Vormund) des Lehrlings gezahlt.“ Diese Bestimmung, in Lehrverträgen aufgenommen, ist freilich gesetzlich unzulässig. Das Schulgeld ist im Frei-Preußen vom Arbeitgeber allein zu zahlen und kann nicht den Lehrling oder dessen gesetzlichen Vertreter abgewälzt werden.

Die Beitragspflicht zur Fortbildungsschule in Preußen durch § 16 des Gewerbe- und Handelslehreerdienstleistungsgesetzes, in der Fassung der Verordnung zur Änderung des Gesetzes vom 22. 9. 1921 geregelt. Dieser besagt:

1. Zur Deckung der Schulunterhaltungskosten können Gemeinden (weitere Kommunalverbände) Schulbeiträge erheben.
2. In diesem Falle sind zur Leistung von Beiträgen jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten verpflichtet:
  - a) sämtliche Gewerbetreibende des Bezirks;
  - b) sämtliche nichtgewerbetreibenden Arbeitgeber des Bezirks, soweit die jugendlichen der einzelnen, bei ihnen beschäftigten Arbeiter- und Angestelltengruppen, zuzuschuldpflichtig sind.
3. Die Gemeinden (weitere Kommunalverbände) können Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde einzeln Gruppen der nach Abs. 2 zur Leistung von Beiträgen Verpflichteten, von der Beitragspflicht auszuscheiden.
4. Die Höhe der Schulbeiträge und die von der Beitragspflicht auszunehmenden einzelnen Gruppen werden durch Anhörung der beteiligten gesetzlichen Berufsvertreter durch Beschluß der Gemeinde (des weiteren Kommunalverbandes) bestimmt. Die Festsetzung kann mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde für einzelne Gruppen Beitragspflichtigen in verschiedener Höhe erfolgen.
5. usw.

Aus diesen Bestimmungen ist unzweifelhaft zu entnehmen, daß nur der Arbeitgeber und nur dieser allein, das Schulgeld zu zahlen hat, er kann weder ganz noch teilweise die Verantwortung auf den Lehrling oder jugendlichen Arbeiter abwälzen. Diese Auffassung teilt auch der Ministerialdirektor selbst in seinem Kommentar zum Gewerbe- und Handelslehreerdienstleistungsgesetz, indem er folgendes zum Abs. 2 ausführt: Die unter a) und b) bezeichneten Personen sind die Beitragspflichtigen; eine Abwälzung auf die jugendlichen Schulpflichtigen oder deren gesetzliche Vertreter entspricht jedenfalls nicht dem Willen des Gesetzgebers.

Selbst wenn in einem schriftlich vereinbarten Lehrvertrag die Bestimmung aufgenommen ist, ist der Lehrling oder jugendliche Vertreter nicht verpflichtet, das Schulgeld zu zahlen, denn nach § 134 BGB. ist eine solche Vereinbarung nichtig, wenn sie gegen das Gesetz verstößt. Die Aufsichtsbehörde kann gegen solche Lehrverträge vorgehen, wie eine Verfügung der Regierungspräsidenten von Merseburg zeigt. Die Verfügung lautet:

Betrifft: Schulbeiträge für Berufsschulen.

„Wie mir mitgeteilt worden ist, wählen in einigen Orten die Gewerbetreibenden die Schulbeiträge, die sie nach Ortssatzung zur Unterhaltung der Berufsschulen zu zahlen haben, vertraglich auf die von ihnen beschäftigten schulpflichtigen Arbeitnehmer ab. Dies ist nach einem Erlaß des Reichsministers für Handel und Gewerbe vom 20. April 22 — Nr. IV. 11 524/21 — unzulässig. Es muß nach diesem Erlaß dem bereits unter der Herrschaft des Gesetzes vom 1. August 1900 — Nr. 68. S. 733 — vertretenen Standpunkt, daß die von den Arbeitgebern zu zahlenden Schulbeiträge auf die von ihnen beschäftigten schulpflichtigen Arbeitnehmer oder deren gesetzlichen Vertreter abgewälzt werden dürfen, festgehalten werden. Eine solche Abwälzung kann auch, abgesehen davon, daß sie in dem Gewerbe- und Handelslehreerdienstleistungsgesetz nicht vorgesehen ist, schon deshalb in Frage kommen, weil sie in ihrer wirtschaftlichen Wirkung der Erhebung eines Schulgeldes gleichkommen würde. Das würde aber ein mit Art. 125 der Reichsverfassung unvereinbarer Rechtszustand geschaffen werden.“

Ich erlaube deshalb ergebnislos darauf hinzuwirken, daß solche Lehrverträge, in denen die Schulbeiträge auf die schulpflichtigen Lehrlinge abgewälzt worden sind, umgehend gesprochen geändert werden. Ich wäre sonst gezwungen, die schulpflichtigen — Entziehung der Lehrlingshaltung — dagegen zugehen. Darum Lehrlinge und jugendliche Arbeiter wehrt sich gegen wenn der Arbeitgeber die Bezahlung des Schulgeldes für die Fortbildungsschule auf Euch oder Euren gesetzlichen Vertreter abwälzen will. H. Feldmann, Reichsminister für Handel und Gewerbe.

## In Zusammenschluß liegt unsere Stärke.

In den Bahststellenversammlungen unserer Organisation mit dem Bekanntwerden des Versammlungsplanes des Verbandes der Vorkellnarbeiter und des Verbandes der Glasarbeiter mit dem Fabrikarbeiterverband mehr oder minder heftige Debatten entbrannt, je nach der parteiorganisatorischen oder mehr politischen Einstellung der Mitglieder. Wohl sind genannte drei Verbände beachtliche Kampfgruppen in mitten der ungezählten Bataillone der Arbeit, wie die freien Gewerkschaften überhaupt; doch leider nur insofern, als es gilt, die Interessen der eigenen Mitglieder wahrzunehmen und zu fördern. Aber das ist zur Entschuldig der einzelnen Organisationen gesagt: Die gegenwärtigen Zeitverhältnisse mit ihren krankhaften Erscheinungen überfordern jeden Verband derart, daß er gerade tun hat, um mit sich selbst fertig zu werden. Daraus erklärt sich auch ein gewisser Parteigoismus, der sich häufig unter dem Protektariat breit macht, und weiter aus dem Umstand, daß schließlich ein Verband seine Aufgabe hemmungslos löst als der andere und ein Verband in dem Drängen nach sozialer Bestätigung der Zeit und ihrer Verhältnisse besser vorwärts kommt als der andere. Die Gründe hierfür sind so verschieden und so vielfach, daß es ein müßiges Beginnen wäre, dieselben anzuführen. Lediglich sei gesagt, daß die Einzelarbeit der Hauptgrund ist und letzterer alle Nebenerscheinungen in sich trägt.

In den letzten Jahren haben sich die freien Gewerkschaften zu gewaltigen Vorkellwerken entwickelt, deren Ueberwindung dem Moloch Kapital ganz besonderes Raffinement bei seinen Niederungsvorhaben abnötigt. Vor keiner Türe und vor keiner hinterhältigen Scharte er zurück, und jedes Mittel, sei es auch noch so absurd, wendet er an, sofern es nur seinen Wünschen und Begierden, das Protektariat restlos zu unterjochen und einem Willen gefügig zu machen, zuträglich und förderlich ist.

Manchmal gelingt es dem Ungehener wohl auch eine Fehle zu schlagen; aber dann tritt unter seiner Wille zum Sieg sozialistischen Bestrebens die Barrikade höher, als sie vordem war, und tastet vorwärts die Kette der Arbeiterorganisationen ab und findet, daß die einzelnen Glieder dieser Kette nur aneinanderreißt sind. Er versucht, diese voneinander zu trennen. Gar oft gelingt es ihm auch. Dann müssen wir alle Energie und Beschicklichkeit aufbieten, um sie einander wieder näher zu bringen. Kraft immer erreichen wir das; aber nach jedem gelungenen Ansturm der Kapitalistengilde müssen wir die traurige Föhnnehmung machen, daß wir in dem großen Ringen um die Menschwerdung der Arbeitssklaven für Jahre zurückgeschleudert, um mindestens aber auf einen lange Zeit anhaltenden Stillstand zurückgebrängt werden. Doch das ist ebenso schlimm, denn Stillstand ist Rückgang.

Während wir nur zu deutlich erkennen, worin die Ueberlegenheit des Kapitalismus wurzelt, während wir täglich erleben, wie unsere Ausbeuter und Unterdrücker sich immer mehr zu einem großen Ganzen zusammenschließen, stehen wir immer noch, meist beratend und zuweilen auch händeringend (bildlich gemeint), an, jedes Glied für sich, und versuchen, dem gewaltigen Ansturm aufreißenden Einzelkämpfern zu trotzen. Das Endergebnis ist dann immer ein sehr klägliches.

Darum, Kollegen und Kolleginnen, kann es für uns nur eine Parole geben! Klar und zielbewußt. Engster Zusammenenschluß!

Die freien Gewerkschaften, deren Glieder nur lose aneinandergefügt sind, gilt es zu vereinigen zu einer großen, starken, festen Kette, die wir dem Moloch Kapital um seinen feinsten Leib winden müssen, bis das Ungeheuer sterbend und vergehend vor unsere Füße sinkt.

Doch ich sehe manche lächeln. — Ihr lächelt ungläubig? Und doch haben wir nicht alle ein Ziel? Euch hindert leider noch ein unfeliger Parteigoismus, euch dem heißersehnten und ersehnten Ziele in dem Tempo zu nähern, wie es unsere Zeit erfordert. Ihr diskutiert stundenlang unermüdlich über das „Warum“. Ja, warum sollen wir uns verschmelzen? Sind wir nicht eine gut ausgebaute Organisation? Nein, sage ich ja, weil im Zusammenschluß unsere Stärke liegt und viele Organisationen zusammengesetzt eine bessere Organisation darstellen, weil sich in der Vereinigung zu einem immer größer werdenden Ganzen unsere Kraft verdoppelt, verdreifacht und unsere Gedanken schneller zur Tat reifen läßt, zur bezwingenden, zur erlösenden Tat.

Infolge dessen darf das „Warum“ für uns gar keiner Erwähnung mehr bedürfen. Nur das „Wie“ wäre noch angebracht, rortiert zu werden. Doch darüber hat uns der Vorstand Larch die veröffentlichten Grundfragen bestimmt und einseitig orientiert. Gewiß mag wohl dieses oder jenes sich mit der Zeit als falsche Maßnahme erweisen; jedoch sind letztere nur als kleine Hindernisse zu betrachten, die wir bei wirklich erstem Willen mit Leichtigkeit aus dem Wege räumen werden. Nur durch festes Wollen machen wir den Weg frei zu den Sonnenhöhen des Sozialismus, zur Menschwerdung.

Ich glaube nun, daß die Richtigkeit meines Gedankenganges vielseitig anerkannt wird; doch möchte ich trotzdem noch ein kleines Beispiel folgen lassen.

Seht den Regentropfen! Fast ein Nichts! Seht, wie er als Quelle, mit feinegleichen vereint, schon eine gewisse Kraft anfaßt und Labial spendet, wie sich die Quellen zum Bache vereinigen, die Bäche zu Flüssen und die Flüsse zum tosenden, brandenden Strom, dem kein Hindernis zu groß und kein Weg zu weit ist. Und siehe, im großen Zusammenschluß findet der Tropfen sein Ziel.

Nach können wir uns nur als solche Tropfen betrachten, die sich im sprudelnden Bach vereinigt, mühsam ihren Weg bahnen. Aber ein Bächlein allein wird nie sein Ziel, das Meer, erreichen. — So müssen auch wir uns zum reißenden Fluß zusammenschließen und später zum brandenden Strom, der sich donnernd und brandend ins Meer der Zeit ergießt, ins Reich des Sozialismus.

Deshalb sage ich nochmals: Laßt uns ein noch gewaltigeres Vorkellwerk werden als wir es schon sind, denn: „Im Zusammenschluß liegt unsere Stärke.“  
Ernst Koberner, Cainsdorf.

## Die Balkan-Konferenz des IOB.

(IOB.) Der für den 9. und 10. April vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Sofia anberaumten Balkan-Konferenz gingen am 6. und 7. April erfolgreiche Vorbereitungen an. In Belgrad trafen sich die Vertreter des IOB (Martens, Vizepräsident, und Sassenbach, Sekretär) und verschiedenen Leitern der jugoslawischen Gewerkschaftsbewegung sowie Vertreter internationaler Berufssekretariate (Simon, Leberarbeiter; Wilhelm, Lebensmittelarbeiter, und Smit, Handels- und Büroangestellte) mit den ihnen angeschlossenen jugoslawischen Verbänden voraus. Bei dieser Gelegenheit wurden seitens der Vertreter des IOB die letzten Vorbereitungen für die Konferenz getroffen, während die Delegierten der Berufssekretariate Fragen betr. den engeren Zusammenschluß der Berufsorganisationen in Jugoslawien behandelten, wo es in den verschiedenen Berufen noch verschiedene Verbände gibt, die wohl auf dem Standpunkt des IOB stehen und der jugoslawischen Landeszentrale angeschlossen sind, hingegen trotzdem noch ein gesondertes Dasein führen. Ohne Zweifel werden diese Besprechungen dazu beitragen, den Zusammenschluß, der in anderen Berufen bereits durchgeführt ist und in einzelnen Berufen bis jetzt aus sozialen Gründen noch nicht eintrat, zu fördern. Dem gleichen Zwecke dienten Versammlungen Sassenbachs in Sabotica und Kowibab (1. und 2. April). In Sabotica versuchten die Unabhängigen (Kommunisten) die gut besuchte Versammlung unmöglich zu machen, was ihnen jedoch nicht gelang.

Am 7. April traf die Delegation in Sofia ein. Schon an der Grenze wurden die Vertreter des IOB von leitenden Führern der bulgarischen Gewerkschaftsbewegung, die der Delegation entgegengefahren waren, begrüßt. In Sofia wurden die ausländischen Gäste am Bahnhof von einer großen Menge von Arbeitern mit Fahnen und Blumen erwartet. Nach verschiedenen Begrüßungsreden von der Plattform aus bildete sich ein großer Zug, der seinen Weg durch die Stadt nahm. Eine von Anhängern der Unabhängigen (Kommunisten) am Ausgang des Bahnhofes veranstaltete rohe Gegen demonstration verließ wirkungslos. Die „Vorkämpfer“ der Einheitsfront, die heute ihren Kameraden der Amsterdamer Richtung zu Leibe gehen und morgen Brüderlichkeit mit ihnen schließen wollten, wurden von den „Ordnern“ der freien Gewerkschaften zurückgehalten.

Die Konferenz von Sofia vom 9. und 10. April, der außer den oben genannten Vertretern des IOB und der Berufssekretariate der Leberarbeiter, der Handels- und Büroangestellten und der Lebensmittelarbeiter auch Timmen als Vertreter der Transportarbeiter-Internationale sowie Vertreter der Gewerkschaftsbewegungen Bulgariens, Jugoslawiens, Rumaniens, Ungarns, Griechenlands und der Tschechoslowakei beizwohnten und die vor allem den Zweck hat, die Gewerkschaften des Balkans zu stärken und zwischen den einzelnen Ländern enge Bande zu schaffen, nahm telegraphischen Meldungen zufolge einen äußerst erfolgreichen Verlauf. Alle auf der Konferenz besprochenen und gefaßten Beschlüsse, denen die Delegation des IOB zustimmte, wurden einstimmig angenommen und belagen u. a., daß Einigungsversuche auf Grundlage der Beschlüsse und der Taktik der Amsterdamer Internationale als erwünscht betrachtet werden.

Sowohl der Konferenz in Sofia als auch den in verschiedenen Städten veranstalteten Versammlungen wurde in Arbeitereisen und von der Öffentlichkeit und speziell der Presse das größte Interesse entgegengebracht, so daß das Hauptziel erreicht ist. Überall auf dem Balkan wird man sich in Zukunft unter den Arbeitern und in der Öffentlichkeit mehr als je bemüht sein, daß die von der Internationale unterstützte Gewerkschaftsbewegung den Willen zu sachlicher Wirksamkeit hat und ein Faktor ist, mit dem die Regierungen und die Unternehmer zu rechnen haben und bei fortschreitender Vereinheitlichung und zweckmäßigem Ausbau der bestehenden Organisationen in zunehmendem Maße zu rechnen haben werden.

## Der Reichsarbeitsminister und die Arbeitslosen.

Der Reichsarbeitsminister hat unter dem 11. März an die obersten Landesbehörden für Arbeitsvermittlung und Erwerbslosensfürsorge ein Rundschreiben erlassen, das uns in mancher Beziehung recht eigentümlich erscheint. Es wird dort über die Pflicht der Erwerbslosen zur Annahme von Arbeit und über die Höhe der Unterstützungssätze ein Standpunkt vertreten, der unseres Erachtens wenig Verständnis für die Erwerbslosen offenbart. In dem betr. Rundschreiben heißt es u. a.: „Der gegenwärtige Aufbau der Unterstützungssätze und ihre Höhe nehmen dem Erwerbslosen vielfach den Anreiz, zu einer gering entlohnten Arbeit überzugehen. Die Unterstützungssätze sind zwar nur Höchstätze, die Verwaltungsstellen der Arbeitsnachweise werden sich aber vielfach durch den Stand der Lebenshaltungskosten gehindert fühlen, geringere Sätze vorzuschreiben. Auch die Beschränkung der Unterstützung auf einen bestimmten Bruchteil des letzten Arbeitsverdienstes kann die bezeichnete Gefahr nicht überall beseitigen, weil dieser letzte Arbeitsverdienst unter Umständen erheblich höher liegt als der Verdienst aus der Arbeit, die sich jetzt für den Erwerbslosen bietet. Um so notwendiger ist es, daß die Arbeitsnachweise dem Erwerbslosen die Unterstützung versagen oder entziehen, wenn er eine Arbeit ablehnt, die den gesetzlichen Bestimmungen (§ 13 der V.) genügt. Ich bitte dringend, den Arbeitsnachweisen die strikte Anwendung des § 13 zur unbedingten Pflicht zu machen.“ Bezüglich der Ueberschreitung der Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung schreibt Herr Dr. Braun folgendes: „Nachdem die Höchstätze in diesem Winter zweimal erhöht worden sind, ist es unter keinen Umständen angängig, daß neben ihnen und neben den gewerkschaftlichen Unterstützungen, die vielfach noch hinzukommen, weitere Leistungen aus Mitteln der Gemeinden oder anderer öffentlicher Verbände an alle Erwerbslose oder ganzen Gruppen von ihnen gewährt werden. Ich bitte, die Gemeinden nachdrücklich darauf hinzuweisen und auch gleichgerichteten Bestrebungen, wie sie sich neuerdings in einer Reihe von Landtagen gezeigt haben, mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Rücksicht auf die verhängnisvolle Wirkung, die eine Ueberschreitung der Höchstätze auf den Arbeitswillen haben muß, verpflichtet die zuständigen Reichsressorts und die obersten Landesbehörden, von ihren Befugnissen aus § 41 der Verordnung künftighin ausnahmslos Gebrauch zu machen und bei Ueberschreitung der Höchstätze oder anderen groben Verstößen die Reichsbeihilfe und die Landesbeihilfe zu entziehen.“ — Der Reichsarbeitsminister hat hier genau in die Kerbe der Unternehmer. Dieselben Beschwerden glaubten die Unternehmer schon öfters vorbringen zu müssen. Sie haben jetzt im Reichsarbeitsministerium eine Hilfe erhalten. Unerklärlich erscheint es uns, wie die Unterstützungen der Gewerkschaften an ihre erwerbslosen Mitglieder in diesem Zusammenhang genannt werden können. Es geht wohl keiner Staatsbehörde etwas an, wie die Gewerkschaften ihre Mitglieder unterstützen. Im ganzen ist diese scharfe Stellungnahme des Reichsarbeitsministers bedauerlich zu nennen. Wir halten etwas mehr Verständnis für die Lage der Erwerbslosen von dieser Behörde für notwendig.

## Gewerkschaftliches.

**Leberarbeiter.** Genosse Gilet, der Redakteur der Leberarbeiter-Zeitung, konnte am 1. April auf eine 25jährige Tätigkeit als Schriftleiter zurückblicken. Bis zum Jahre 1909 war er im früheren Handschuhmacherverband Redakteur und Hauptkassierer. Bei der Verschmelzung des Handschuhmacherverbandes mit dem Leberarbeiterverband übernahm Genosse Gilet die Leitung der „Leberarbeiter-Zeitung“, die er bis heute noch führt. Auch wir bringen dem Jubilar unsere besten Glückwünsche dar.

**Gepantler Zusammenenschluß.** Außer dem Främischen Bund bereitet sich ein weiterer Zusammenenschluß in der Gewerkschaftsbewegung vor. Die Verbände der Lebensmittel- und Getränkearbeiter (Müller und Brauer), der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter (Bäder und Konditoren) und der Fleischer führten untereinander Verhandlungen, die zum Ergebnis hatten, daß Grundzüge ausgearbeitet wurden, die nun zur Diskussion gestellt sind. Ueber die Grundzüge findet vom 6. bis 13. Juni eine Urabstimmung statt.

**Ein Veteran der Arbeiterbewegung.** Am 1. April 1926 vollendete der alte Bergarbeiterführer August Siegel sein 70. Lebensjahr. Siegel gehört mit Schröder und Bunte zu den bekanntesten Kaiserdelegation. 1889 leitete er die Gründungsversammlung des Bergarbeiterverbandes. 1892 wanderte er nach Schottland aus, um sich einer mehrjährigen Gefängnisstrafe wegen seiner Agitation zu entziehen. 1918 kehrte er wieder nach Deutschland zurück und fand Stellung in der Bibliothek des Bergarbeiterverbandes. Dem alten Kämpfer unseren herzlichsten Glückwünsche.

**Johannes Timm 60 Jahre alt.** Joh. Timm, in Holfstein am 13. April 1866 geboren, von Beruf Schneider, leitete in den Jahren 1895/96 die große Berliner Konfektionärbeiterbewegung. Im Jahre 1898 wurde er Arbeitersekretär in München, und im Jahre 1912 übernahm er die Leitung des Münchener

Gewerkschaftskartells. Seit 1910 gehört er dem bayerischen Landtag ununterbrochen als Abgeordneter an. Nach dem Umsturz wurde er als Justizminister in die neue Regierung berufen, bis die unsinnige Mäteregierung seinem verdienstvollen Wirken dieser Eigenschaft ein Ende setzte. Wir wünschen, daß der rüstige Jubilar noch recht lange im Dienste des Volkes und der Arbeiterchaft im besonderen wirken möge. Dazu unseren herzlichsten Glückwunsch.

## Wirt. Haftliches.

**Europäische Konkurszahlen.** Nach dem Monthly Bulletin of Statistics hat sich im Laufe des Jahres 1925 in allen europäischen Ländern die Zahl der Konkurse gesteigert. An der Spitze steht Deutschland mit nicht weniger als 932 Konkursen im Monatsdurchschnitt. Ihm folgen Italien mit 608, England mit 418, Holland mit 342 und Schweden mit 266 Konkursen. Für die Tschechoslowakei wird die Zahl der Konkursen im Monatsdurchschnitt mit 203, für Norwegen mit 75, Desterreich mit 57, Dänemark mit 50, für die Schweiz mit 49, Polen mit 43, Ungarn mit 36 und Finnland mit 28 angegeben.

**Vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz.** Der Ausschuss zur Vorbereitung der vom Völkerverbund beschlossenen internationalen Wirtschaftskonferenz tritt am 26. April in Genf zusammen. Seine Aufgabe ist die Festlegung eines Programms für die internationale Wirtschaftskonferenz, mit deren Zusammentritt im Jahre 1927 zu rechnen ist. Allerdings bestehen bis jetzt weder bei den zuständigen Stellen des Völkerverbundes noch beim Internationalen Arbeitsamt feste Pläne für das Arbeitsgebiet der vorbereitenden Konferenz. Vorläufig steht nur fest, daß sich die Delegierten der Arbeitnehmer in vorbereitenden Ausschuss auf Veranlassung des Genossen Thomas, des Direktors des Internationalen Arbeitsamts, ein paar Tage vor Beginn der vorbereitenden Konferenz in Genf versammeln werde, um zu einer Vereinbarung über ein gemeinsames Vorgehen bei der Behandlung der sozialen Fragen zu gelangen, die auf der internationalen Wirtschaftskonferenz berührt werden können. Zur Teilnahme an der Vorbereitung der Arbeitnehmervertreter sind einstweilen gemeldet: J. u. H. a. u. z. (Verwaltungsrat des Int. Arbeitsamts), L. u. G. e. e. t. (Internationaler Gewerkschaftsbund), G. a. g. e. r. t. (UDGB), F. u. g. h. (Enal. Gewerkschaften) und T. h. o. m. a. s. als Direktor des Internationalen Arbeitsamts.

## Soziales.

**Christliche Gewerkschaftsführer beantragen beim Reichstag die Sonntagsarbeit für Bäcker und Konditoren.** Dem Reichstag wurde von Zentrumsabgeordneten ein Antrag unterbreitet, daß auf Grund des § 105c der Gewerbeordnung das Verbot der Sonntagsarbeit keine Anwendung findet auf die Herstellung von Eis-, Creme- und Fruchtspeisen in den Konditoreien und Bäckereien. Als Unterzeichner des Antrages erscheinen die christlichen Gewerkschaftsführer W. i. e. b. e. r, Vorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes und Vorkellmitglied des Gesamtverbandes der christlichen Fabrik- und Transportarbeiter; J. o. s. e. f. A. n. d. r. e., Mitglied des christlichen Holzarbeiterverbandes und Arbeitersekretär in Stuttgart, und W. i. l. h. e. l. m. K. o. c. h., Arbeitersekretär in Gagen i. W. und zweiter Vorsitzender des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine in Deutschland, neben einigen Advokaten und Führern von Handwerkervereinigungen.

Es muß die Arbeiterschaft recht merkwürdig berühren, daß in einer Zeit, wo Millionen von Arbeitern mit ihren Familien mit ihrer fargen Erwerbslosenunterstützung kaum wissen, wie sie sich vor dem Verhungern schützen sollen, christliche Gewerkschaftsvertreter als Reichstagsabgeordnete nichts Besseres zu tun wissen, als den Wünschen einer sozial rückständigen Unternehmerrgruppe — den Konditorenmeistern — Rechnung zu tragen und deshalb den Abbau von Arbeiterzuschüssen verlangen, damit das zahlungsfähige Publikum auch an den Sonn- und gesetzlichen Feiertagen nicht lebensnotwendigen Bedarfartikeln wie Eis, Creme und Schokolade konsumieren kann. Daher fordern sie die Freigabe der Sonntagsarbeit in den Konditoreien und Bäckereien. Der christliche Grundgedanke: Du sollst den Sonntag heiligen, scheint bei diesen Zentrumskatholiken durch ihre Liebedienerei dem Unternehmertum gegenüber schon in Vergessenheit geraten zu sein.

Sollte der Reichstag dieser unerhörten Provokation gegen die hungernde arbeitende Bevölkerung Rechnung tragen, dann können sich die Bäcker- und Konditorengehilfen bei den christlichen Gewerkschaftsführern bedanken, daß sie nach elfjährigem Weischen der gefeierten Sonntagsruhe wieder wie Marias in die siebentägige Arbeitswoche gepfercht werden. Noch sind diese Arbeiterverräter nicht auf ihre Rechnung gekommen.

## Genossenschaftliches.

**Bürgerliche Anerkennung der Konsumgenossenschaften.** In einer Notiz behandelt die „Frankfurter Ztg.“ die Kapitalneuhinderung durch die Spartakigkeit der breiten Massen. Anschließend hieran schreibt das demokratische Organ: „Eine interessante Ergänzung hierzu bietet eine Statistik, die der Zentralverband deutscher Konsumvereine herausgibt. Freilich handelt es sich hier um wesentlich kleinere Biffen. Aber der Wiederaufbau ist hier noch erfolgreicher gewesen, wenn man die Vorkriegsziffern zum Vergleich heranzieht, die von den Spartakisten ja noch längst nicht erreicht werden konnten. Die Geschäftsguthaben, d. h. die Kapitalbeteiligungen der Genossen, betragen im Jahre 1925 bei den 110 Genossenschaften über 26 Millionen gegen nicht ganz 15 im Vorjahr und 33 im Jahre 1914. Die Spareinlagen bei den Konsumvereinen sind in dem einen Jahr 1925 von 49,5 auf 82,7 Millionen gestiegen und betragen zweieinhalb Millionen mehr als 1914. Die Umsätze im eigenen Geschäft hatten schon 1924 mit 549 Millionen die Ziffer von 1914 um 56 Millionen überschritten und erreichten 1925 die Höhe von 702 Millionen. In diesen Zahlen spiegeln sich keine komplizierten wirtschaftlichen Transaktionen. Sie sind eindeutig und daher eindrucksvoll. Sie zeugen von harter, uner müdeter Arbeit von Millionen Deutscher, und sie lassen an den Erfolg glauben.“

## Bemerktes.

**Arbeitszeitregelung durch „einsichtige“ Gewerkschaftler.** In der Nr. 13 der „Wirtschaftlichen Nachrichten für Rhein und Ruhr“ salbabert eine Schreiberecke über die neue Arbeitszeitgesetzgebung. Zum Schluß heißt es in dem Geschreibsel: „Es mag sein, daß das Washingtoner Abkommen für England, möglicherweise demnach, nach stabilisierter Währung auch für Frankreich tragbar ist. Für Deutschland ist es das bei der augenblicklichen Lage nicht. Wir arbeiten unter ganz anderen Bedingungen, die erst einer grundlegenden Uenderung bedürfen. Unter diesen Umständen dürfte eine neue Arbeitszeitgesetzgebung gerade jetzt zum unglücklichsten Zeitpunkt kommen, der dafür ausgesucht werden könnte. Wir sollten erst einmal mit allen Mitteln aus dieser Wirtschaftsmisere herauskommen suchen, ehe wir uns den Luxus einer solchen Gesetzgebung leisten. Das werden hoffentlich auch einsichtige Gewerkschaftler begreifen, mit denen auf dem Wege des Tarifvertrages eine Einigung über diese Fragen erzielt werden könnte, wenn es notwendig wäre.“

Man muß darüber staunen, mit welcher Beharrlichkeit der Standpunkt vertreten wird, daß Deutschland unter allen Umständen eine andere Arbeitszeit haben müsse als andere Länder. Wir müssen uns entschieden gegen diese Anschauung wehren. Wer mit den „einsichtigen Gewerkschaftlern“ gemeint ist, wird

nicht gesagt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß hier nach den „christlichen“ Gewerkschaften hinüber geschleift wird. Diese sind bekanntlich in der Arbeitsfrage, wie auch sonst, höchst unsichere Kantontisten. Wir hingegen sind nach wie vor der Ansicht, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wie für alle Länder auch für Deutschland in Frage kommt.

**Rechtsprechung oder Rechts-Sprechung?** Schon im politischen Leben wird die Arbeiterschaft das Empfinden nicht los, daß sie unter einer Klassenjustiz leidet. Wir erinnern nur an die verschiedenen Fälle und ihre Behandlung durch die Richter, soweit es sich um die Würde republikanischer Führer, um Pappisten handelt, bis zu den heute akuten Fällen eines Kluge-Knoll, Affessor Ruchmann usw. Ähnlich liegen die Dinge bei den heutigen Arbeitsgerichten, den Gewerbegerichten, Berggewerbegerichten usw. Überall spürt man einen gewissen Zug nach rechts, der die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen eher als eine Rechts-Sprechung, denn als eine Rechtsprechung ansehen läßt. Hier hat die Revolution eigentlich auch etwas verfaßt. Hätte man damals die „unabhängigen“ und unabsehbaren Richter unter eine Verordnung gebracht, daß sie (für eine Reihe von Jahren) ihres Amtes enthoben werden konnten, dann würden wir wahrscheinlich nicht so zahlreiche antirepublikanische Urteile erlebt haben. Aus diesen selben Notizen heraus läßt sich vielleicht auch zu einem guten Teil der Widerstand der Unternehmer gegen die geplante neue Arbeitsgerichtsbarkeit erklären. Für die Arbeiterschaft ist dieses ein doppelter Grund, auf dem Pöbel zu sein und mit allen Mitteln für ihr Recht zu kämpfen. Auch dieser Kampf kann nur durch die Macht des Zusammenschlusses erfolgreich geführt werden.

**Der Brotherr.** Es ist überaus bezeichnend für die Aufassung, die unsere heutige Gesellschaft von der Arbeit hat, daß man immer wieder vom Arbeitgeber als dem Brotherrn liest. Das Zentrum der ganzen Welt ist danach der Wagen, und Arbeit hat danach die neue vornehme Aufgabe, dem Wagen zu dienen.

Nun ist das Wirtschaftsleben unserer Zeit allerdings so beschaffen, daß die Arbeit praktisch der Erhaltung der Existenz dient. Freude am Schaffen können nur noch einige haben. Im allgemeinen hat der Kapitalismus das Arbeitsleben mechanisiert, so daß die Arbeit Last ist, so sittlich verödet, daß Arbeit nicht um ihrer selbst willen, sondern des Erwerbs, der Lebensunterhaltung wegen geschieht.

Darum ist der „Brotherr“ eine überaus treffende Bezeichnung. So ist eben die Welt. So nüchtern und materiell. So kulturlos. Gemeinschaftsdienst sollte sie sein, Gemeinschaftsfreude, Aufgabe am Ganzen. Aber sie ist nur — Dienst für den Brotherrn. Wahrhaftig, jede Zeit hat ihre Sprache. Jede Wirtschaftsordnung hat ihre Sprachkultur. Man braucht sich nur in die Sprache zu vertiefen, und man sieht die Welt.

**August Thypfen gestorben.** Am 4. April verschied einer der erfolgreichsten Großindustriellen Deutschlands, August Thypfen in Mühlheim. Seine Laufbahn begann er 1871 in einem kleinen Eisenwerk in Mühlheim mit 25 000 Mark, die er nach 54 Jahren beerbete, hinterlassend ein Werk, das Kohle, Erzbergwerke und einen Teil der Schwerindustrie umfaßte. Er kann als der reichste Mann Deutschlands angesehen werden, der seinen Erben Werte von über zwei Milliarden Mark hinterließ.

**Für reisende Gewerkschaftskollegen.** Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Mainz läßt wissen, daß in Mainz für reisende Gewerkschaftskollegen eine Herberge neuerstellt wurde. Ihr Name ist: Gastwirtschaft „Zum Wandereheim“ am Druifenwall, gegenüber der früheren Elisabethkaserne.

### Von der Keramikindustrie.

**Beschäftigungslage.** In der feinkeramischen Industrie änderte sich im Monat März der Beschäftigungsgrad nur unwesentlich. Nach den eingegangenen Meldungen ergaben sich von der vorhandenen Mitgliederzahl:

Dezember 11,03 Proz. Erwerbslose, 27,90 Proz. Kurzarbeiter
Januar 13,20 " " 26,16 " "
Februar 13,43 " " 29,71 " "
März 13,43 " " 21,41 " "

Sonach hat leblich die Zahl der Kurzarbeiter etwas abgenommen.

**Porzellanfabrik Tirschenreuth Akt.-Ges.** Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1925 war die Gesellschaft gut beschäftigt. Die Auswirkung der im letzten Viertel des Jahres einsetzenden Krise, gekennzeichnet durch schwächeren Auftragszufluss, wird erst im neuen Jahre sich bemerkbar machen. Dennoch ist die Gesellschaft nicht ohne Erfolg bestrebt, ihren Umsatzerlös zu erweitern, so ist eine Sicherung für die dauernde Vereinnahmung neuer Aufträge in größerem Umfang nicht gegeben. Der Reingewinn beträgt einschl. Vortrag 325 550 M.-M., der wie folgt verteilt werden soll: Zuerst auf den Spezial-Reservefonds 100 000 M.-M., 10 Proz. Dividende an die Aktionäre, Zuerst auf die Arbeiter- und Beamten-Pensionskasse 10 000 M.-M., Vortrag auf neue Rechnung 15 550 M.-M. Trotz der heutigen Kreditnot und der Kapitalarmut der deutschen Wirtschaft ist die Gesellschaft zurzeit noch vollbeschäftigt. Auch der Auftragsbestand erscheint für die nächsten Monate als ausreichend.

**Porzellanfabrik Tettau A.-G.** Die Bilanz dieser Gesellschaft für das Jahr 1925 zeigt ein recht günstiges Bild. Vorräte und Bankguthaben sind mit 558 603 M., die Waren und Borräte mit 122 818 M. angegeben, denen Verbindlichkeiten mit 282 178 M. gegenüberstehen. Die Abschreibungen wurden in einer Höhe von 173 000 M. vorgenommen. Der Reingewinn beträgt 121 838 M., aus dem 8 Proz. Dividende verteilt werden.

**Dividendenlos.** Von einigen größeren Unternehmen der Porzellanindustrie, zu denen auch die Kahla A.-G. gehört, werden für 1925 keine Dividenden gezahlt, und zwar gibt die Porzellanfabrik C. Teilsch & Co. A.-G. in Altmaier bekannt, daß für 1925 keine Dividenden ausgeschüttet werden. Das Werk muß seine Ertragsüberschüsse für den Umbau seiner Anlagen verwenden. Das gleiche meldet auch die älteste Porzellanfabrik der Welt, die Porzellanfabrik Schönowald A.-G. in Schönowald.

**Porzellanfabrik Fürstberg.** Für 1925 zeigt die Bilanz einen Fabrikationsgewinn von 365 547 Mark aus. Generalratung erfordert 217 945 Mark, Abschreibungen 69 000 Mark, so daß einschließlich 51 443 Mark Vortrag ein Reingewinn von 128 445 M. verbleibt, der wie folgt verteilt werden soll: 5 Prozent Dividende gleich 30 000 M., Spezialreserve 30 000 Mark, Wohlhaberkasse 1500 M., Zuerst auf die Gemeinde Fürstberg 1000 M., Zuerst auf die Gemeinde 4500 M., Vortrag 62 443 Mark. Der Reingewinn beträgt etwas mehr als ein Viertel des 600 000 M. betragenden Aktienkapitals. Dem Geschäftsbericht wird entnommen: „Während es uns in der ersten Hälfte des abgelaufenen Jahres immerhin noch gelang, den Abgang unserer Erzeugnisse an unsere Normalfabrikation auszugleichen, konnten auch wir uns in den weiteren Monaten und speziell vom Herbst ab der allgemeinen Wirtschaftskrise nicht entziehen. Namentlich die gerabteu Verhältnisse im gesamten Industriegebiet, unserer Hauptabnehmer, bedeuteten für uns einen außerordentlichen Anfall an Versandmöglichkeiten. Der Umstand, daß der große Markt infolge der Kapitalknappheit nur für die einfachsten und billigsten Artikel aufnahmefähig war, verminderte selbstverständlich auch unseren Uberschuß. Der Anfang des neuen Geschäftsjahres leidet unter der Fortsetzung der allgemeinen Wirtschaftskrise, die sich noch verschärft.“

Infolgedessen gestalteten sich die ersten Monate dieses Jahres auch für uns recht wenig erfreulich.“

**Verband Keramischer Materialen.** Aus der Bilanz dieser eingetragenen Genossenschaft geht hervor, daß sie für das Jahr 1925 den Stand der Aktien mit 5305,42 M. angibt. In den Passiven sind die Geschäftsanteile mit 5220 M. angegeben, von denen 1490 M. als rückständige Einzahlungen angegeben sind. Der Reservefonds hat eine Höhe von 1897,89 M., als Gewinn werden 177,53 M. aufgeführt. Die Erträge sind zusammen aus 185,99 M. Uberschuß v. J. 1924, 18 281,15 Beitragszahlungen einschl. der Rückstände, 550.— M. Eintrittsgeldern, 202,50 M. Zinsen und 50.— M. Strafgebühren. In Summa 19 269,64 M. Davon verchlangten die Gehälter 1574,60 M., das Porto 1086,13 M. und die anderen Posten den Rest. Am 31. Dezember 1924 waren 242 Mitglieder vorhanden, 11 kamen 1925 hinzu und 79 schieben aus, so daß Ende 1925 noch 174 gezählt wurden.

**Porzellanfabrik A.-G. Gebr. Vaußer, Weiden.** Der Aufsichtsrat der Porzellanfabrik Gebr. Vaußer faßte den Beschluß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 Proz. (im vorigen Jahr 6 Proz.) auf das 4 Millionen betragende Aktienkapital vorzuschlagen.

**Tschechoslowakei.** Die in Nr. 16 der „Ameise“ behandelte Steigerung der Porzellanexporte in der Tschechoslowakei hat im Jahre 1925 wieder nachgelassen. Nach Berichten der tschechoslowakischen Porzellanindustriellen sind Aufträge in den letzten Monaten nur spärlich eingegangen, so aus Amerika, England und Frankreich. Die Kurzarbeit wurde zum Teil eingeführt, auch Entlassungen vorgenommen. Mit weiteren Einschränkungen wird gerechnet. Die Ursache soll eine starke Ueberproduktion sein. Im allgemeinen werden fast genau die gleichen Gründe angegeben, die auch bei den deutschen Fabriken in Frage kommen. — Der Warenausfall während des Krieges ist in den Nachkriegsjahren rasch behoben worden. Der Porzellanbedarf ist zum großen Teil gedeckt. Nun richtet sich der Bedarf wieder nach den tatsächlichen Bedürfnissen, und diese haben sich nicht so stark gemehrt wie die Produktion an Porzellan. Die Folge ist, verbunden mit den sonst bestehenden Weltwirtschaftsschwierigkeiten, die Krise mit ihren unangenehmen Begleiterscheinungen für die Porzellanindustrie.

### Versammlungsberichte.

**Berlin-Charlottenburg.** Die am 15. April abgehaltene Zahlstellenversammlung hat nachstehenden Antrag angenommen: Die Zahlstellenversammlung fordert alle Berliner Porzellaner auf, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und vollzählig in der Verband-Maisievereinbarung im Speisesaal der Staatlichen Porzellan-Manufaktur in Charlottenburg zu erscheinen und mit zu demonstrieren für die Maisforderungen: Für Einstellung aller Arbeitslosen in den Produktionsprozess. — Für Einschränkung der Arbeitszeit (Sechstundentag). — Für die Erhöhung der Löhne zur Hebung der Kaufkraft der Arbeiter. — Für Herabsetzung oder Beseitigung des Lohnsteuerbetrags statt der Ermäßigung der Besitzsteuern.

### Literarisches.

**Gewerkschaftsarchiv.** Herausgegeben von Karl Zwing, Verlagbuchhandlung, Jena. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. — Diese Hefte können den Gewerkschaftsmittgliedern zum Bezug nur empfohlen werden. Sie enthalten sehr gute Abhandlungen über unsere gewerkschaftliche Bewegung und dienen zur Aufklärung über gewerkschaftliche Dinge.

**Aus der Internationalen Sozialpolitik.** Die Erörterungen über die Bedeutung und Auswirkungen des Achtstundentages werden in allen Ländern lebhaft fortgesetzt. An die Stelle theoretischer Erwägungen treten dabei immer mehr auf genaueren Angaben fußende Untersuchungen. Soweit solche überhaupt zurzeit allgemein verfügbar sind, dürften sie in der großen Erhebung des Internationalen Arbeitsamtes erfasst sein, aus der Professor Milhaud, Genf, im Aprilheft der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ über „die Ergebnisse der Einführung des Achtstundentages“ ausführlich berichtet. Insbesondere werden darin die Wechselwirkungen von Arbeitszeit und technischem Fortschritt behandelt. Seine mit reichhaltigen Belegen gestützte Darstellung wird gewiß von Freunden und Gegnern der kürzeren Arbeitszeit beachtet werden müssen. Ueber „die soziale Seite der Agrarreform in Ostland“ schreibt das hortige Staatsratsmitglied Marina. Der amtliche Wortlaut der Beschlüsse der 7. Jahrestagung der Internationalen Arbeitskonferenz liegt jetzt ebenfalls vor. Es handelt sich dabei besonders um Ueber-einkommensentwürfe und Vorschläge auf dem Gebiete der Unfallentschädigung, der Berufskrankheiten und der Nacharbeit in Bädereien. Die Internationale Rundschau der Arbeit kann durch jede Buchhandlung, wie auch bei der Post bestellt werden Einzelheft 1.— M., Jahresbezugspreis 10.— M.). Probehefte versendet das Internationale Arbeitsamt, Amt Berlin, Berlin N.W. 40, Schornhorststr. 35.

**Paul Kampffmeyer: „Deutsches Staatsleben vor 1789.“** (Berlin 1925, J. S. W. Diez Nachf.) Ganzleinen 5,50 M. — Der moderne deutsche Staat, der die mittelalterliche Kirchengewalt niedergeworfen, das stehende Heer und gebelohnetes Beamtentum geschaffen hat, entritt aus der großen sozialen und politischen Revolution des 16. Jahrhunderts, die von deutschen Geschichtsschreibern durchweg „die Reformation“ genannt wird. Den Werdeprozess dieses Staates erlebt der Leser des

Kampffmeyer'schen Werkes förmlich aus anschaulichen genussvollen Schilderungen. Das Vorwort und der Stil des literarischen Zeitalters sind erschlossen sich dem Leser aus vielen graphischen Dokumenten dieser Periode. Ein wirkliches Leben in dieses Zeitalter wird durch ein reiches, den schicksalhaften Charakter ausprägendes Bildermaterial geleistet. Eine Reihe volks- und staatswirtschaftlicher Denkmäler des Lesers aus dem Kampffmeyer'schen Werk. Die vom Klassenstaat wird nicht abstrakt entwickelt; sie tieft dem Leser unmittelbar aus den anschaulichen Darstellungen absolutistischen Wirtschaft-, Staats- und Gesellschaftsverhältnissen.

Das Kampffmeyer'sche Buch will dem Lehrer zur gehen, der dem Schüler bestimmte staatliche und volkswirtschaftliche Grundbegriffe beibringen will. Das Buch verdient die Möglichkeit alle Fremdwörter und ist so vollständig gegeben, daß es selbst von jugendlichen Lesern verstanden wird. Geschichte der Vergangenheit ist hier erzählt, damit der die Gegenwartspolitik versteht und diese zu gestalten lernt. **Mutter und Säugling in der Gesetzgebung,** von Schröder M. v. M. Verlag J. S. W. Diez Nachf. 40 S. Hart, Preis 40 Pf. — Das Büchlein kann der Frau, die die Konflikte der Mutterschaft im kapitalistischen Staat prüft, die für Frauenrecht und Freiheit kämpft, Wegweiser sein. Nach einer kurzen, klaren, von tiefer Frauenkenntnis zeugenden Einleitung gibt uns die Schrift einen Umriß Kindersterben und Siedtum in Deutschland, zeigt uns im Hinweis auf die Statistik, wie Frauenkraft und Frauenvergeudet wird.

Von 1877 bis zum Ausbruch des Krieges (ganz besond. 1911, Reichsversicherungsordnung) führte die Sozialdemokratie im alten Reichstag einen zähen Kampf um die Mutterschaftversicherung. Erst im Kriege, unter der Einwirkung des arbeitslosen Sterbens, brach das Eis. Man konnte durch die Mutterschaftversicherung zwar keinen Ausgleich gegenüber dem Wahnsinn des Krieges schaffen, es wurde aber für die Zukunft mit dem Grundgesetz gebrochen, daß dem Staat die Geburtenfrage angeht. Sehr wichtig für die Frau ist die Zulammenstellung, was in der Republik an Schutz- und Unterstützungsbestimmungen für die Arbeiterin und Hausfrau vorhanden und was die deutsche und die internationale Arbeiterschaft fordert.

Einige Worte der Verfasserin: Deshalb gilt es nicht den Weg zu suchen von der Mutterschaft, es gilt den Weg zu suchen zur bewußten und wolle Mutterschaft!

### Adressenänderungen.

**Mitterteich.** Vorsitzender Erhard Gahl wohnt Leonbergstr. 288 und Revisioner Johann Klover Poststraße 464. **Schwarzendach/Saale.** Vorl.: Otto Kopp, Maler, Poststraße 464; Kass.: Anton Goldbach, Maler, Geogrstr. 398; Richard Köhler, Maler, Schneidemühlstr. 452.

### Aufruf!

Unser Kollege Karl Langbein ist seit 1. März 1924 werblos und infolge Krankheit Invalide. Er ist aus allen Klassen ausgesteuert. Wir bitten die Kollegen im Reich, Scherstein zur Unterstützung des kranken Kollegen beizusteuern wollen. Etwaige Gelder sind an den Kassierer Karl Herd a d a c h bei Koburg, Koburgerstraße Nr. 11, zu senden. Die Unterstützung erfolgt in der „Ameise“.

### Dank!

Für unseren kranken Kollegen Franz Schindler folgende Beiträge eingegangen: Meuselwitz, Nauentz, Kahlau je 2.—; Annaburg, Freital, Freiberg, Penningau, Kloster-Weißdorf, Marktmetten, Magdeburg, Nodach, Schlangefeld, Schönwald, Teltow, Tiefenfurt, Oberhofen, Walsburg je 3.—; Arzberg, Schlierbach je 5.—. Summa: 58.—. Die Bahnhalle Hermisdorf dankt im Namen des Kollegen Schindler für die Spenden aus herzlichste. Bahlst. Hermisdorf, Thür. J. A.: W. Martin.

### † Sterbetafel †

**Kuma.** Hermann Kraft, Kapfeldreher, geb. 16. 1882, gest. an Lungenleiden. Organisiert seit 1919. **Coburg (Neustadt).** Ulbin Gleichmann, Obergießer geb. 10. 5. 1868, gest. an Darmoperation. Organisiert seit 1918. **Frauenh.** Franz Marek, Sortierer, geb. 16. 8. 1878, gest. an Asthma. Organisiert seit 1918. **Kahla.** Minna Kubu, Baderin, geb. 20. 3. 1870, gest. an Leberkrebs. Organisiert seit 1899. Mit der Kollegin Kahlau ist nicht nur das verhandeltste weibliche Mitglied der Bahnhalle Kahlau in das Schattenreich gegangen, sondern auch eine Kämpferin für die Arbeiterfrage, wie solche leider nur wenig vorhanden sind. Sie war ein Vorbild der Treue und der Ueberzeugung und hat das Banner des Verbandes bis an ihr Lebensende hochgehalten, trotzdem sie seit 1916 invalid war. Sie wird die Bahnhalle immer ehrend gedenken! **Mitterteich.** Josef Lang, Müller, geb. 27. 2. 1868, gest. an Magen- und Darmleiden. Organisiert seit 1919. Adressenänderung — Ehre ihrem Andenken!

**Gold-Schmelzwerk Willy Ortleb**  
Telephon Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz-Strasse 17  
Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldaschen und -sacken. — Höchste Preise. — Sofortige Kasse. — Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1gr gute Goldasche, je nach Qualität bis Mk. 1,70 bezahlt. (7/17)

**Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.**  
Goldschmelzwerk / Gegründet 1891  
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle  
Reinstees Einkaufsgeschäft dieser Art (4/17)

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene **Volksfürsorge**  
Gewerkschaftl. Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft  
Hamburg 6.

Einige **Porzellanmaler**  
zum baldigen Eintritt gesucht. In Frage kommen nur wirklich flotte Maler, welche in einfachen Staffagen, Goldstempel und Festgoldbrand gut einarbeiten sind. Offerten unter Angabe der bisherigen Tätigkeit unter 10b an die „Ameise“.

Für unsere Hoch-Abteilungen benötigen wir (20) **4 bis 6 kräftige intelligente Arbeiterinnen.**  
Zürstener Porzellanfabrik, Zürstenerberg a. d. Weiser.

Unverheirateter **Porzellanmaler**  
mit Schrift, Hand, Fond, Bunt- und Staffage vertraut, für eine Fachmalerie bald gesucht. Ausführl. Offerten mit Gehaltsangabe erbeten. (21a)  
**E. Reinhold**  
Breslau 8, Klosterstraße 10.

**Achtung!**  
Welcher Kollege kann mit gehen, wo sich der **Obermaler Bruno Zawacki** zurzeit aufhält? Gest. Zufrieden erbeten an Porzellanmaler Herbert Zawacki, Waldenburger Altwasser, Hermannstraße

Geebte Buntdruckerin, seit 5 Jahren ununterbrochen in Branche tätig, an sauberem Arbeiten gewöhnt, mit allen kommenden Arbeiten vertraut, sucht baldige Stellung. Gebote bitte unter „S. 65“ an „Die Ameise“ zu senden.  
Erf. Facharbeiter, gel. Dreher (Hohlformer), sauberer u. flott Arbeiter, sucht sich sofort oder später zu verändern. Spezialisierte große Durchführungen und Solatoren in der Sanitärbranche, Waschtische und Abortgestelle. Angebote unter „S. 66“ an „Die Ameise“ erbeten.  
Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und vermalten Arbeiterinnen. — Verantwortlicher Red.: Gebhard Nenninger, Charlottenburg I, Brabestr. 2-5. — Berlin Wilh. Herden, Charlottenburg I, Brabestr. 2-5. — Drud.: C. Kaniszevski, Berlin S.O., Elisabethufer 28